

Voraussetzungen zur Hochschulreform

Paul Martini

Hochschulreform ist wie eine Hydra mit unzähligen Köpfen. Wenn man fragt, wo sie angreifen soll, erheben sich gleichzeitig die Fragen, woher die Notwendigkeiten für eine Reform gerade jetzt stammen und ob es wahr ist, daß diese Reform so dringlich, ja lebensnotwendig sei. Es zeigt sich dabei, daß es sich gar nicht um eine Reform, sondern um Reformen handelt, und wenn man diesen weiter nachgeht und sie zergliedert, so stellt sich heraus, daß mit einer Reform an den Hochschulen noch lange nicht dem entsprochen wäre, was eine reale Hochschulreform voraussetzt und erfordert. Denn die Voraussetzungen zu solcher Reform reichen bis in die höheren Schulen, ja in die Volksschulen und stellen diese gleichzeitig mit den Hochschulen in Frage. Die Forderungen aber, die durch eine reale Hochschulreform erhoben werden, machen die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zum Problem, sie stellen althergebrachte Rechte innerhalb der Hochschulen in Frage und sie stoßen vor bis zum Bekenntnis nationaler Charaktereigenschaften, eigener Charakterschwächen, und das Letzte ist wahrscheinlich das, was am schwersten zu ändern sein wird.

Die Notwendigkeit einer Hochschulreform ist so in aller Munde, daß oft genug die Beweise dafür an der Peripherie hängen bleiben. Das kommt nur teilweise daher, daß sich die Gründe für sie in den letzten Jahren in einem ungeahnten Tempo vermehrt und übersteigert haben. Daß die Dotierung der deutschen Hochschulen durch Mittel für Sach- und Personalunkosten viel zu klein waren, wußten wir auch schon vor mehr als 10 Jahren; in welchem abgrundtiefen Maß es aber der Fall ist, das ist auch denen, die damals als Pessimisten verschrien wurden, erst in den Jahren darauf ganz klar geworden. Zuerst ist die Tatsache von den Hochschullehrern ausgesprochen worden; das war selbstverständlich und deren Pflicht. Dann auch von den Kultusministern – aber heute gibt es noch Finanzminister, die die Augen zwar nicht vor der Tatsache verschließen, daß das Schicksal Deutschlands so gut wie jedes anderen Industrielandes mit dem Schicksal seiner Wissenschaft und seiner Forschung identisch ist, die zugleich aber nicht einsehen, daß man sich dort, wo die Forschung in geometrischer Progression forteilt, immer hoffnungslos hinterherschleppen wird, wenn man bei seiner alten arithmetischen Progression stehenbleibt. Der Finanzminister gibt seinem Staatssekretär oder Ministerialdirektor Weisungen, und dieser schickt seinen Referenten für die Hochschulen mit fester Marschroute in die Etatverhandlungen. In diesen Verhandlungen können dann

die schlüssigsten Argumente von Hochschuleseite vorgebracht werden, und es hilft auch gar nichts, daß der Vertreter des Kultusministeriums die Vertreter der Universität mit dem Rektor an der Spitze nach Kräften zu unterstützen sucht, wenn der Abgesandte des Finanzministers nur immer wieder darauf hinzuweisen braucht, daß seine Zugeständnisse schon maximal seien und daß er selbst an sie gebunden sei; der Finanzminister aber, der bei solcher Gelegenheit erreichbar wäre oder der die Sache einer Universität als die der Forschung für so wichtig hielte, daß er sich selbst einmal die Zeit für eine Etatverhandlung mit ihr nähme, muß erst noch geboren werden. Eine solche Einladung würde weithin als Anmaßung empfunden werden. Das zeigt nur von neuem, daß in den Ländern der Bundesrepublik eben noch nicht erkannt ist, in wie hohem Maß Forschung und Lehre eine Sonderstellung einnehmen müssen, wenn es nicht mit dem Ganzen – nicht der Hochschulen, sondern des Volkes – in sehr gut absehbarer Zeit abwärts gehen soll.

Nichts beleuchtet die Unklarheit über die Größe und Ausdehnung der jetzigen und künftigen Aufgaben der Hochschulen vielleicht schärfer als die Tatsache, daß bis in die Dozentenschaft hinein eine Verwirrung der Meinungen herrscht, ob ein Wachstum der Studentenzahlen möglich und erwünscht sei oder nicht. Bis in die jüngste Zeit hinein haben „Sachverständige“ die These vertreten, daß unser Bevölkerungspotential, das für eine akademische Bildung in Betracht komme, schon reichlich ausgeschöpft sei, wie die Zahlen der Absolventen der höheren Schulen und wie die Klagen von Hochschullehrern usw. beweisen würden. Bei den Überlegungen, die zu diesem Urteil führten, werden jedoch zu wenig die Probleme erörtert, ob und wie weit die Fehler nicht auch an der Struktur unserer höheren Schulen, ja auch schon an der der Volksschulen liegen könnten, ob die zweiten Bildungswege genügend ausgenutzt werden, ob die weitaus geringere Beteiligung der Frauen am akademischen Studium (und erst recht an der akademischen Laufbahn) in Deutschland gegenüber anderen Ländern wirklich aus einer grundsätzlich geringeren Begabung der deutschen Frauen erklärbar sei oder nicht viel mehr aus deutschen Überlieferungen. Als dann die mit Sicherheit in den nächsten Jahren zu erwartenden Studentenzahlen aus England, Frankreich und Rußland bekannt wurden, mußte man sich entweder dazu bekennen, daß wir Deutschen allgemein geringer begabt seien oder daß etwas an unseren Wegen zum Abitur einer Remedur bedürftig sei, daß die Wege und Straßen, die in Deutschland zur Hochschulreife führen, teilweise unzugänglich oder zu eng oder zu einseitig angelegt seien. Die Stimmung, daß an unseren höheren Schulen in den letzten zwei Jahrzehnten schon viel zu viel experimentiert worden sei, ist begreiflicherweise weit verbreitet. Richtig ist, daß jedes unserer elf Länder für sich herumprobiert hat, ohne daß es jetzt irgend jemand möglich sein könnte, aus der Summe der vielen, aber sehr verschiedenen angelegten Versuchsanordnungen schlüssige Folgerungen zu ziehen. Man hat sich einigen besonders dringlichen Forderungen zur Not angepaßt, einige Länder gebärdeten sich dabei zwar radikal, aber keines hat sich souverän auf die Koordi-

nation mit den anderen Ländern und auf die Postulate der kommenden Zeit eingestellt. Da diese Zeit – wir mögen es begrüßen oder nicht – in noch viel höherem Maß eine Zeit der Technik sein wird als die unsere, wird sie auch andersartige Fundamente der Ausbildung und der Bildung brauchen, wenn sie eine Zeit der Humanität bleiben soll; zur Befriedigung des Bedarfs an „Gebildeten“ in einer solchen Zeit können und müssen aber auch andere Methoden als bisher angewandt und weitere Menschenreservoirs ausgeschöpft werden, als es bisher der Fall war. Die für uns Humanisten teilweise bitter schmeckenden Anregungen, die H. Schöne¹ zu diesen Themen aus seinen Erfahrungen bei der O. E. C. D. begetragen hat, können nicht ernst genug genommen werden.

Ganz sicher aber ist, daß die Probleme nicht bewältigt werden können, wenn nicht gleichzeitig und nicht mit gleicher Energie, mit gleicher Sorgfalt, mit Vor-Sicht, aber ohne Ängstlichkeit und vor allem ohne Rücksicht auf traditionellen Ballast, aber mit um so leidenschaftlicherer Sorge für die Zukunft unseres Volkes das Schicksal der Volksschulen, besonders der auf dem Land, aber auch der städtischen Volksschulen der offenherzigsten Kritik unterzogen wird. Die Volksschulen müssen ohne jede Beschönigung betrachtet werden im Hinblick auf ihre ureigentlichen Aufgaben der Volkserziehung, auf ihre Potenzen der Weiterführung, auf die Ursachen des Lehrermangels; ferner müssen ihre Methoden und ihre Leistungen verglichen werden, sowohl untereinander in den verschiedenen Ländern, als auch mit den besten der ihnen entsprechenden Schulen in den schulisch fortgeschrittensten Ländern Europas – und schließlich müssen zielstrebig und unerbittlich die Folgerungen aus solchem Vergleich gezogen werden, nicht zuletzt auch in bezug auf die Ausbildung ihrer Lehrer.

Als wir vor fünf Jahren zum ersten Mal im Wissenschaftsrat den Plan diskutierten, daß zur raschen Verbesserung der klinischen Ausbildung der Mediziner auch große Krankenhäuser in Nicht-Hochschulstädten als Medizinische Akademien beigezogen werden sollten, entsetzten sich einige Mitglieder tief ob der Gefährdung des geistigen Niveaus, in dem Studenten aufwachsen sollten – dabei kamen nur Studenten in Frage, die schon fünf Semester an Universitäten studiert hatten, und als Sitz der Medizinischen Akademien nur Großstädte mit geistigem Horizont. Wenn wir demgegenüber jetzt erfahren, daß für Pädagogische Akademien idyllische Städtchen von wenigen Zehntausend Einwohnern gerade das Richtige sein sollen, dann scheint mir solcher „Zwiespalt der Natur“ unbegreiflich.

Nach wie vor muß die Humboldtsche Devise, daß die deutschen Universitäten durch Lehre und Forschung charakterisiert sein sollen, in Geltung bleiben. Aber W. v. Humboldt war ein zu großzügiger und freier Geist, als daß er nicht Mittel und Wege gefunden hätte, seine Devise nicht zu verleugnen und dennoch auch solche Einrichtungen den Universitäten anzugliedern, die ihr nicht in allem – nicht

¹ Heiner Schöne, Schulreform in europäischen Zusammenhängen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 4. XII. 1963, Nr. 281, S. 12.

in der Forschung – ganz gerecht werden können, die sich aber als notwendig erweisen für die Heranbildung einer unserer Zeit und unserem Volk an Qualität und Quantität adäquaten Lehrerschaft. „Angliedern“ ist nicht (notwendigerweise) das Gleiche wie „eingliedern“. Ich gebe zu, daß auch ich für die Eingliederung außerordentliche Schwierigkeiten sehe. Ich anerkenne diese aber einzig und allein in der Gefahr einer unter Umständen tödlichen Überstrapazierung einiger der auch für die künftigen Lehrer (an den Volksschulen) obligaten Hauptfächer, besonders in den philosophischen Fakultäten, und ich mache kein Hehl daraus, daß mir keine Qualitätsverbesserung, einschließlich jeglicher Rangerhöhung der derzeitigen Pädagogischen Akademien zu teuer erscheint, um zu der Lehrerschaft zu gelangen, wie Deutschland und die Welt sie brauchen. Wenn wir diese heute schon besäßen, dann wäre die Kluft undenkbar, die jetzt zwischen der Volksschule und der Sexta der höheren Schule für Eltern, Lehrer und Kinder gähnt. Dann wäre es auch ausgeschlossen, daß in Artikeln von offenbar „Sachverständigen“ zu lesen ist, daß „alle Sextaner von der Volksschule her gute Noten gewohnt seien“, ja, daß in ihr, der Sexta, „der erbarmungslose Kampf um Sein oder Nichtsein beginne“. – (Wenn Freud zu seiner Zeit solche Dramen, die sich an Zehnjährigen abspielen sollen, gekannt hätte, dann hätte er den Ursprung von Neurosen sicher weniger eindeutig in die frühe Kindheit verlegt.)

Jener „Kampf“ in der Sexta hat ein zweifaches Gesicht: es geht bei ihm einerseits um die Begabung der Schüler und andererseits um das Verhältnis der Schülerzahl zu der Zahl der Lehrer und der Schulbänke. Es sind etwa zehn Jahre her, als sich eine der „Honnefer deutsch-englischen (Hochschul-)Rektorenkonferenzen“ die Frage als Problem gestellt hatte, wie am besten und wann die Eignung erst eines Schülers, dann eines Studenten für das akademische Studium und seine Leistung im Leben erkannt werden könne. Eine Reihe von sehr klugen Oberstudiendirektoren und der besonders erfahrene Leiter der Studienstiftung des deutschen Volkes waren zur Beratung gebeten und auch gekommen. Wir Kliniker sind schon berufsmäßig abgehärtet gegenüber unsicheren Prognosen, aber das Resümee der Prognosen, das diese wirklich sachverständigen Herren vortrugen, war für alle geradezu niederschmetternd. Davon, daß in der Sexta schon eine Prognose möglich sei, wagte überhaupt niemand zu sprechen; er hätte sich lächerlich gemacht. Um so eindeutiger zeigte sich, daß die definitiven Werte für die Gesellschaft von menschlichen Eigenschaften abhängen, die nicht so einfach geprüft werden können, schon gar nicht schriftlich, und die sich oft erst erstaunlich spät zeigen. Um meine Kollegen in ihrer Depression zu trösten, erzählte ich ihnen, daß wir es doch alle einem Bakterium zugestehen, etwas längere Zeit zu seiner ontogenetischen Entwicklung zu brauchen als einem Virus, einem Amphibium länger als einem Bakterium, einem Kaninchen länger als einem Amphibium, einem niederen Affen länger als einem Kaninchen, einem Primaten länger als einem niederen Affen und einem Menschen länger als einem Primaten. Wenn aber ein Mensch noch ein bißchen länger zu seiner Entwick-

lung benötige, dann nenne man ihn zurückgeblieben und er komme unweigerlich in den Ruf des Unbegabten; jedenfalls gehöre er dann zu denen, die vorerst in der Sexta ausgemerzt werden. Das aber ist in gleicher Weise eine Entschuldigung für die Lehrer und eine Schande für unsere schulische Situation. Denn es ist nicht so, daß, wie ich kürzlich in einer Zeitung las, „das Angebot an Sextanern die Nachfrage übersteigt“, sondern die Zahl der Studienräte ist viel zu klein und die Zahl der Bänke für die Schüler viel zu knapp. Der jetzige Modus der Dezimierung auf den sextanischen Feldern ist zweifellos der bequemste. Ob durch ihn aber noch nicht entwickelte, noch wenig konzentrierte, aber phantasiebegabte Kinder zugunsten von rascher entwickelten, aber auf die Dauer weniger aussichtsreichen vorzeitig ausgeschaltet werden, ist eine ganz andere Frage, und vor ihr verschließt man heute am liebsten beide Augen.

Wenn unsere Volksschulen alle Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, erfüllten, dann wären auch die unzähligen Klagen nicht denkbar, die nicht nur von den Lehrern an höheren Schulen und Berufsschulen, sondern auch von der Wehrmacht usw. über den Wissensstand der vor wenigen Jahren Schulentlassenen kommen. Diese Klagen werden begreiflicher, wenn es vorkommen kann, daß in zwei benachbarten Dörfern mit je einer einklassigen Schule gleichzeitig den beiden Lehrern gestattet wird, in der 50 Kilometer entfernten Universität zu doktorieren, damit sie die Qualifikation zum Unterricht an Pädagogischen Akademien erlangen können. Die Kinder der (gebirgigen) Gegend seien sowieso unterbegabt, hörte man zur Entschuldigung sagen. erinnert das nicht an das Märchen von der Unerziehbarkeit von menschlichen Rassen, die heute nicht einmal mehr „unterentwickelt“ genannt werden dürfen?

Aber was soll das alles noch mit Hochschulreform zu tun haben? Die Hochschulen schweben nicht als eine eigenständige Bekrönung über den anderen Schulen und Schulsystemen, sie stehen auf der direkten Grundlage der höheren Schulen. Diese sind deshalb ihre nächsten und wichtigsten Fundamente. Aber ebenso sind die höheren Schulen in all den verschiedenen Bundesländern weitgehend abhängig von der Güte der Grundlagen, die in den Volksschulen gelegt worden sind. (Ganz offenbar sind diese vielfachen Abhängigkeiten der Schularten untereinander auch ein starkes Argument gegen die Aufspaltung von Kultusministerien in zwei Teile; von diesen könnte es keineswegs als ausgeschlossen gelten, daß sie sich zum Überfluß noch gegenseitig um die Gesamtmittel für den Kulturetat streiten würden, ja vielleicht streiten müßten!)

Schließlich ist die Güte der Volksschulen auch die Voraussetzung dafür, daß sie das große Reservoir werden können, das den Hochschulen die Begabungen zuführt, die aus irgendwelchen Gründen erst später erkannt werden. Daß es solche in erheblicher Menge gibt, haben die Versuche in Aufbauschulen, zuletzt besonders deutlich wohl die in Weinheim (Bergstraße) veranstalteten Versuche gezeigt. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die Zahl dieser Begabungen sehr viel größer ist,

als es uns heute erscheint, aber es liegt mir viel daran, gleichzeitig zu betonen, daß es keineswegs nur der Hochschulen wegen wert sein darf, sie aufzufinden, und daß sie andererseits besser nicht entdeckt und geweckt würden, wenn es gerade bei ihnen nicht gelingen sollte, ihnen zu ihrer fachlichen Ausbildung auch Bildung zu vermitteln.

So kommen wir in die Nähe des anderen Humboldtschen Bildungsideals, des der Bildung durch Wissenschaft, was heute weithin mit Bildung durch Fachwissenschaft übersetzt werden müßte oder muß. Auch wenn wir heute weniger romantisch über den Bildungsstand unserer akademischen Großväter, bzw. Urgroßväter denken, so bleibt dennoch, daß sich ein größerer Prozentsatz von ihnen gebildet nennen durfte, als es bei dem Durchschnitt der heutigen „Alt-Akademiker“ der Fall ist. Die Kennzeichen des Gebildetseins sind teilweise abhängig von der Zeit. In einem mehr „statisch“ zu kennzeichnenden Zeitalter werden sie sich auf geruhzamere Bereiche beschränken können als in einer „dynamischen“ Zeit. Immer aber wird das Streben nach weiterer Bildung ein vielleicht für sich allein nicht untrüglichen, aber sicher ein unentbehrliches Merkmal des wirklich Gebildeten sein. An diesem Pegel gemessen, ist ein zu großer Prozentsatz der heutigen Akademiker (bis hinein in manche Kreise der Hochschullehrer) von dem leidenschaftlichen Bedürfnis und vom Bewußtsein entfernt, daß das Vordringen in immer weitere, benachbarte oder auch entfernter liegende, in irgendeinem Zusammenhang mit dem eigenen Fach stehende oder auch ihm fremde Gebiete und daß der Annäherungsversuch an das Wesen der Dinge zum Gebildetsein gehört. Es lassen sich Entschuldigungen dafür finden, wenn wir unterstellen, daß die Fachwissenschaften selbst die Funktion der Bildungsträger übernommen hätten. Soweit diese Wissenschaften zu den Geisteswissenschaften gehören, ist es nicht schwer, dem zuzustimmen. Schon ihre Untrennbarkeit von der Person des Menschen, die immer nicht nur Träger, sondern auch letzter Gegenstand der Bildung sein wird, qualifiziert sie dazu. Viel fraglicher ist es, Bildung zu übermitteln, wenn die Person des Menschen nicht mehr in der Mitte steht, weil sie zu Recht oder zu Unrecht ausgeschaltet wurde, zu Recht in einem großen Teil der Naturwissenschaften; denn so sehr sich der Mensch auch in ihnen innerlich bedrängt fühlt durch die Geheimnisse der Natur, in die er sich vertieft, seine legitime Aufgabe als Studierender oder als Forscher der Naturwissenschaften ist primär, in der Natur zu verbleiben, und nicht, sie zu transzendieren. Wenn bedeutende Physiker in den letzten Jahrzehnten versucht haben, das Gehege der Naturwissenschaft zu sprengen, so erscheinen doch die gedankentiefen Wege, die sie dabei gegangen sind und gehen, kaum als so nachvollziehbar, daß eine eigene Kultur der Naturwissenschaften daraus entstehen könnte. Bei den Fächern der Medizin ist die Lage sehr ungleichmäßig. Anatomie, Physiologie und physiologische Chemie verstehen sich zu Recht selbst als Naturwissenschaften und unterscheiden sich deshalb auch nicht von ihnen, bzw. von der Biologie; und wenn diese sich auch durch Fruchtbarkeit für die soziologische Betrachtung in andere

Bereiche ausweitet, so ist es nur die Physiologie, die daran teilnehmen kann. Von den Lehrern der klinischen Fächer wird sich kaum einer nicht seiner Verpflichtungen bewußt sein, die Studenten zusammen mit dem naturwissenschaftlichen Wissen auch über die geisteswissenschaftlichen, besonders über die ethischen Gehalte der Medizin zu belehren. Wieweit sie in ihren Vorlesungen aus diesem Bewußtsein vor dem Übermaß der naturwissenschaftlichen Fakten, die sie zu übermitteln haben, die Konsequenzen ziehen, ist allerdings eine andere Frage. Die klinischen Lehrer werden das im Sinn einer soziologischen Medizin nachzuholen haben. Aber es wäre ein für die künftigen Ärzte ein verhängnisvoller Irrtum, wenn sie das, was bisher vernachlässigt worden ist, und was wir mit René König, Thure v. Uexküll, Wolfgang Schöne und anderen die medizinische Sub-Kultur nennen wollen, in Konkurrenz mit der anderen Wissenschaften zugeordneten „allgemeinen“ Kultur zu „ihrer“ Kultur als zu der Kultur stempeln würden, die nicht nur etwas für die Bildung eines Arztes Unentbehrliches darstellt, sondern etwas, das die „allgemeine Kultur“ ersetzen könnte. Th. v. Uexküll hat sehr Wichtiges zu den Fragen einer Reform gerade der Medizinischen Fakultät beigetragen, nicht zuletzt indem er auf die Hilfen hingewiesen hat, die aus der der Medizin eigenen Subkultur erwachsen können; daß diese aber genügen könnten, um in künftigen Ärzten die Bildung wachsen zu lassen, die er nicht weniger wünscht als ich, das halte ich für ausgeschlossen.

Von der Jurisprudenz, insbesondere aber von den Geisteswissenschaften im engeren Sinn, die nicht ohne Berechtigung als die Kulturwissenschaften bezeichnet werden, lassen sich auch im Humboldtschen Sinn leichter, z. B. über die Philosophie des Rechts, der Geschichte und der Sprache usw., Bildungswege eröffnen. Dabei soll man sowohl an ein Übergreifen auf andere Lebensbereiche denken, als auch eine wirkliche Pluralität der Bildungsebenen in der Gesellschaft im Auge behalten. Man wird aber einer Utopie anheimfallen, wenn man sich einbilden wollte, mit dem Verzicht auf den Primat der Religion und der Philosophie als Bildungsspende etwas der von jenen geleisteten Bildung schon in Aussicht zu haben.

Die Tatsache, daß die vielerlei Bemühungen um ein Studium universale, die nach 1945 überall an deutschen Hochschulen mit so guten Hoffnungen eingesetzt haben, allzumeist kläglich versandet sind, wird jetzt nicht nur als Beweis dafür herangezogen, daß ein solches Ziel anachronistisch und unerreichbar sei, sondern auch dafür, daß eine echte Bildung aus den einzelnen Fachwissenschaften herauswachsen könne. Ist schon für die erste Behauptung kein Beweis erbracht, da einfach die Wege falsch gewesen sein können, so kann ich erst recht der zweiten keinen höheren Rang als den einer aus der Not geborenen Behauptung zuerkennen, bzw. einer Behauptung, die ohne Recht per exclusionem abgeleitet worden ist. Solche Schlüsse haben tönerne Füße. Die geistigen Unterschiede, die unsere Zeit von den früheren Zeiten trennen, können nicht leicht zu groß gesehen werden. Wir haben aber noch so wenig Anzeichen dafür, daß aus den einzelnen Fachwissen-

schaften eigenständige und genügend weite Bildungsmöglichkeiten erwachsen können, daß wir nicht verantwortungsbewußt handeln würden, wenn wir das Ideal des Studiums universale vorzeitig aufgäben. Daß es nicht gelingen wird, es allen Studenten nahezubringen, ist richtig. Daß die Wege zu gründlicher Bildung sehr viel individueller werden müssen, als sie bisher waren, ist ebenso unbestreitbar. Und die Wege werden auch vielfältiger und für den Staat sehr viel kostspieliger sein als bisher. Aber das Gemeinwesen wird übel beraten sein, das in dem Augenblick, in dem es sich endlich davon überzeugt hat, daß seine Ausgaben für die Forschung und die Lehre geradezu ungeheuerere Ausmaße annehmen müssen, vor den unvergleichlich kleineren Ausgaben für die Bildung der künftigen Träger von Forschung und Lehre und der wissenschaftlichen Arbeit überhaupt zurückschräke.

Zur Zeit können wir in Deutschland allerdings noch längst nicht sicher sein, daß der Überzeugung von der derzeitigen völligen Unzulänglichkeit der staatlichen Leistungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre auch die Taten folgen werden. Vorerst sehen wir vielmehr bis zum Überdruß die ewigen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern, die vor 16 oder 17 Jahren ihren unrühmlichen Anfang uns dadurch vor Augen führten, daß ein Landeskultusminister dem Direktor eines Physikalischen Instituts drohte, er werde die Summe, die ihm von einer zentralen Institution gegeben werden sollte, von seinem Etat abziehen.

Wenn es richtig ist, daß die bundesstaatliche Struktur „nicht verhindert“, daß einheitliche, und das heißt aber auch, daß möglichst gute Bildungsverhältnisse in der Bundesrepublik geschaffen werden, so kann darin auch ein schwerer Vorwurf gegen die Bundesverfassung gesehen werden. Wie sollte man mit einer Bundesverfassung nicht unzufrieden sein müssen, die optimale Voraussetzungen für die Ausbildung, für die Lehre und für die Forschung zwar nicht verhindert, sie aber nicht so fördert, wie es nur irgend denkbar wäre? Und daß dies in den letzten 15 Jahren nicht der Fall gewesen ist, darüber kann trotz aller Beschönigung, die wir ad hoc in Masse zu hören bekommen, niemand im Zweifel sein, der Einsicht hat. Es sei zugegeben, daß die Tonart, die in den ersten Märztagen dieses Jahres auf der ständigen Konferenz der Kultusminister zu hören war, trotz des Beharrens auf einigen alten offiziellen Obertönen, auch Untertöne in sich barg, die zu neuer Hoffnung Anlaß bieten können. Es bleibt die in so vielen Enttäuschungen gehärtete Erkenntnis, die sich beileibe noch nicht alle maßgebenden Instanzen zu eigen gemacht haben, wie viel und wie unersetzbare Zeit durch diese unseligen Kompetenzprobleme zwischen Bund und Ländern schon verlorengegangen ist. Von ihnen ist letzthin im Bundestag gesagt worden, sie dürfe kein Streitpunkt zwischen Bund und Ländern werden; erstaunlich, daß sich aus dem Plenum keine Stimme des Protestes dagegen erhoben hat, wo der Streit nun schon seit ein und einhalb Jahrzehnten teils schwelt, teils in Flammen steht und Deutschlands Zukunft in die größten Gefahren bringt. Diese Uneinigkeit hat mit Ausnahme der einen sehr rühmlichen Zusammenarbeit im Wissenschaftsrat bisher jede Koordination größeren Stils ver-

hindert, angefangen von der unrühmlichen Abwürgung des von W. Heisenberg und H. Rein 1947 gegründeten Forschungsrats bis heute. Es ist eine Tatsache, daß der Prozentsatz des Nationalprodukts, das für Aufgaben Forschung und Entwicklung aufgebracht wird bei uns in der Bundesrepublik im Vergleich zu Großbritannien (2,5 %) und den Vereinigten Staaten (2,7 %; beide Male 1961/62) viel kleiner ist. Das sollte, nachdem unser wirtschaftlicher Wiederaufbau schon viele Jahre vollendet ist, im Ernst nicht mehr damit entschuldigt werden. Und es sollte offen zugegeben werden, daß ein solches Fiasko unmöglich gewesen wäre, wenn die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern besser gewesen wäre.

Allerdings wäre es eine Geschichtsklitterung, wenn die mangelnde Koordination, wenn die ungenügende Finanzierung, wenn Versäumnisse im Bereich der höheren Schulen oder der Volksschulen allein oder insgesamt für das Versagen der Lehre und der Forschung an den deutschen Hochschulen verantwortlich gemacht würden. Was als Schuld der Hochschulen anzusehen ist, sei im folgenden vor allem aus dem Bereich der medizinischen Fakultäten gezeigt, weil ich ihn am besten übersehe; aber es glaube niemand, daß die Verhältnisse an diesen und speziell an den Kliniken deshalb subjektiv unerfreulicher wären als anderswo, weil sich hier objektiv besonders große Schwierigkeiten einer echten Reform entgegenstellen und weil es bei den Soziologen seit einem Jahrzehnt in Mode gekommen ist, sich besonders und gelegentlich auch sensationell für die Kliniken zu interessieren. Daß z. B. der medizinische Unterricht in Deutschland durch die „große Vorlesung“, bzw. die große „Klinik“ auch seine großen Vorzüge gegenüber dem angelsächsischen System hat, wurde dort in den letzten Jahren mehrfach zugegeben; das ändert allerdings keinen Deut daran, daß der medizinische Unterricht bei uns jenem gegenüber dennoch für die große Mehrzahl der Studenten unterlegen ist, weil er weder ausreichend praktisch ausgeübt, noch individuell und erst recht nicht persönlich genug durchgeführt wird. Er kann es gar nicht werden, da die Zahl der Lehrer und die Zahl der für den Unterricht verfügbaren Betten im Verhältnis zu der Zahl der Studenten nach wie vor viel zu klein sind. Wahrscheinlich sind bei uns zur Zeit die medizinischen Unterrichtsverhältnisse von den alten Hochschulen nur in Gießen befriedigend; das wurde dort zwar durch die Studentenzahlen begünstigt, hat seinen letzten Grund aber in dem dortigen starken Willen zu einer echten Reform.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1961, zur Besserung dieses Umstands nach Möglichkeit große Krankenhäuser in Universitätsstädten zum Unterricht heranzuziehen, ist fast überall an Hindernissen gescheitert, die als kleinlich bezeichnet werden müssen im Verhältnis zu den Wohltaten, die den Studenten aus der nur so möglichen Intensivierung des Unterrichts erwachsen wären. Anderswo wurde die Einrichtung einer Medizinischen Akademie deshalb abgelehnt, weil die Entfernung von einer der Kliniken zu den anderen Kliniken als zu groß geschätzt wurde, ein Nachteil, der aber an alten Fakultäten seit Jahrzehnten hingenommen

wird und wiederum klein erscheinen sollte, gemessen an den Vorteilen für den Unterricht im ganzen. Nur verschwindend wenige medizinische Fakultäten haben von dem Anerbieten Gebrauch gemacht, zweite Lehrstuhlinhaber für ihre großen Fächer zu berufen, und wenn es geschehen ist, dann hat es sich fast schon zur Sitte herausgebildet, daß die zweiten Lehrstühle nur für spezielle Teile des Hauptfaches von den Fakultäten gewünscht werden, daß sich die Senate den Wünschen gebeugt haben und daß von den Ministerien auch so berufen wurde. Nichts gegen gleichberechtigte Speziallehrstühle, so viele wie möglich! Aber unser System muß ihren Inhabern die Lehre auf dem ganzen Gebiet des jeweiligen Faches (z. B. dem der inneren Medizin) erlauben; solange das nicht der Fall ist, gesellt sich zu den bisherigen Schäden noch die Gefahr, daß nicht nur Spezialforschung getrieben wird, sondern daß in den Examina auf Spezialkenntnisse hin geprüft wird, was wir genauso wenig wünschen können, wie wir das spezialistische Forschen für unentbehrlich halten.

Die Selbstverwaltung der deutschen Hochschulen wird bei keiner Reform angetastet werden dürfen. Sie kann in innerpolitisch ruhigen Zeiten wenig bedeutsam erscheinen. Schon in nur etwas weniger ruhigen Zeiten aber kann sie über Nacht die Bastion werden, in die sich die Freiheit der Forschung und Lehre, wenn man von allem Schlagwortartigen der Formulierung absieht, noch flüchten können. Da es in Zeiten der Unfreiheit überhaupt keine Sicherung mehr gibt, braucht diese letzte Möglichkeit gar nicht erst erörtert zu werden. Was aber in dem vergangenen Jahrhundert in den Kreis der akademischen Selbstverwaltung eingeschlossen wurde, bedeutet weitgehend nicht nur eine Autonomie der Universität, sondern auch eine Autonomie der einzelnen Fakultäten, ja teilweise auch der Vorstände der einzelnen Seminare, Institute und Kliniken. Ein Lehrstuhlinhaber kann heute, wenn er einmal ernannt ist, wegen des Inhalts seiner Lehre glücklicherweise nur dann zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er in ihr gröblich gegen die guten Sitten oder gegen die Sicherheit des Staates verstößt. Es gibt aber kaum eine Möglichkeit, ihn zu belangen, wenn er ebenso gröblich seine Vorlesungen oder das ihm anvertraute Institut, sei es in der Forschung, sei es in anderen Aufgaben, vernachlässigt. Der Dekan der jeweiligen Fakultät hat nicht nur nicht die Pflicht, er hat in fast allen Fakultäten nicht einmal das in den Satzungen niedergelegte Recht, gegen ihn einzuschreiten; wenn ein Dekan aber nicht ausdrücklich zu einem solchen Akt verpflichtet ist, wird er in den allermeisten Fällen den peinlichen Auseinandersetzungen mit dem Kollegen aus dem Weg gehen. In nicht wenigen Fakultäten besteht aber nicht einmal Klarheit darüber, ob ein Dekan das Recht hat, einen anderen Lehrstuhlinhaber überhaupt zur Rede zu stellen. Das Recht und die Pflicht des Dekans bei Unordnungen in dem Bereich, für den ein Lehrstuhlinhaber der eigenen Fakultät verantwortlich ist, einzugreifen, müßten in den Satzungen der Hochschulen zweifelsfrei festgelegt sein.

Die Fakultäten sind die ausschlaggebenden Instanzen für Neuberufungen und

für Reformen in ihrem Bereich. Dies hat sich im Punkte der Berufungen sehr bewährt. Das deutsche Berufungsverfahren hat zweifellos große Vorzüge gegenüber anderen Systemen, z. B. dem der Bewerbung um freigewordene Lehrstühle. Um so ungünstiger hat sich die derzeitige Autonomie der Fakultäten für die Fortentwicklung ihrer eigenen Struktur ausgewirkt. Reformen innerhalb einer Fakultät haben in den meisten Fällen zur Folge, daß ein Lehrstuhlinhaber einen Teil seines Forschungs-, Lehr- und Machtbereichs an den Inhaber eines neu zu errichtenden Lehrstuhls abgeben muß. Da der Abtrennung auch sehr wichtig gewordener Sonderfächer oft auch Gegengründe vom Standpunkt einer „ganzheitlichen“ Sicht entgegengestellt werden können, wird es dem Lehrstuhlinhaber, aus dessen „Leder“ der neue „Schuh“ gefertigt werden soll, nie schwerfallen, Gegenargumente ins Feld zu führen. Kollegialfreundschaftliche Bindungen und das Risiko der Gefährdung von Interessen des eigenen Lehrstuhls kommen dazu und können andere dazu verführen, solche Gegengründe eines Kollegen für ausschlaggebender zu erachten, als sie sind. Wenn dieses Fakultätsmitglied dazu noch ein erhebliches menschliches und wissenschaftliches Gewicht in seiner Fakultät hat, dann wird es außerordentlich schwer sein, gegen seine energische Opposition einschneidende Reformen innerhalb der Fakultät durchzusetzen. Eine Fakultät ist wahrhaftig keine Interessenvertretung, und auch die Persönlichkeiten, aus denen sie besteht, sind es im allgemeinen durchaus nicht. Aber so wie die Konstitution unserer Fakultäten ist, werden ihre Mitglieder bei vielen Reformbestrebungen in die Rolle von Interessenvertretern gebracht.

Daß dieser Zustand schon ungünstige Folgen gezeitigt hat, kann nur ein Blinder leugnen. Es wäre leichtfertig, ihm die Hauptschuld daran zuzuschreiben, daß die deutsche Wissenschaft und die deutsche Art der Lehre im letzten halben Jahrhundert hinter der Entwicklung ihrer Zeit zurückgeblieben sind. Es wäre aber nicht weniger töricht in Abrede zu stellen, daß eine gewisse Unfähigkeit der deutschen Fakultäten, sich aus eigener Initiative und aus eigenen Kräften weiterzuentwickeln, eine Mitschuld trägt.

Der vielfache Wechsel der Funktionsträger an unseren Hochschulen ist ganz allgemein ein Schaden für sie; denn der rasche Wechsel ist fast selbstverständlich begleitet von einem Mangel an aus Erfahrung gewachsener Einsicht und wirksamem Einfluß. Das macht sich um so folgenswerer bemerkbar, je gewichtiger die Bedeutung und die Aufgaben eines Amtes sind. Deshalb bedeutet der jährliche Wechsel des Rektors geradezu einen Krebschaden unserer Universitäten. Auch ein Rektor, der weise, sehr erfahren und sehr energisch ist, könnte heute, selbst wenn ihm größere Rechte zuständen, als es bei den jetzigen Verfassungen der Fall ist, nicht viel in dem einen Rektoratsjahr erreichen. Ein zweites übernehmen bedeutet bei dem raschen Fortschritt der heutigen Wissenschaft schon ein kaum tragbares wissenschaftliches Risiko, von einem dritten Rektoratsjahr gar nicht zu reden. Die einzige Möglichkeit, die bei diesem Dilemma bleibt, ist eine radikale Verlängerung

der Dauer des Rektorats. Daß für dieses Amt nach wie vor nur Wissenschaftler, nach Möglichkeit Gelehrte geeignet sind, ist bei uns eine glücklicherweise ebenso allgemeine Überzeugung der Ministerien wie der Hochschulen. Freilich ist ebenso allgemein bekannt, wie schwierig es ist, ein Rektorat für viele Jahre mit der gleichen Person zu besetzen. Dennoch halte ich diese Schwierigkeit nicht für unüberwindlich. Es ist nicht notwendig, daß wir gleich in das andere Extrem verfallen und Rektoren auf Lebenszeit schaffen, wie es z. B. in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Ich halte es für das Optimum, wenn ältere Lehrstuhlinhaber gewonnen werden könnten, die menschlich hoch angesehen sind, die wissenschaftlichen Rang haben, die sich in Verwaltungsgeschäften schon bewährt haben und die energisch sind. Es gibt solche Männer, die einige Jahre vor ihrer Emeritierung in weiser Selbsterkenntnis schon bemerkt haben, daß sie den Höhepunkt ihrer eigentlich produktiven wissenschaftlichen Arbeit hinter sich haben.

Es ist hier nicht der Platz, auf weitere Einzelheiten der Universitätsverfassungen einzugehen. Aus den bisherigen Ausführungen geht schon hervor, daß ich mir ganz allgemein eine gesündere, lebenskräftigere, der Evolution unserer Welt und der Wissenschaft angepaßtere, Mitentwicklung unserer Hochschulen von einer mehrfachen Änderung unserer Verfassungen versprache. Die Änderung käme in einer größeren Verantwortung des Rektors, der Dekane und des Senats, nicht zuletzt für eine beschleunigte zeitgemäße Weiterentwicklung der Hochschule und ihrer Einrichtungen, zum Ausdruck. In einer solchen Universität wäre bei der Neueinrichtung eines Lehrstuhls das Votum der Fakultät dem Senat vorzulegen, aber nicht nur mit Ja oder Nein, auch nicht nur mit der Zahl der Stimmen dafür oder dagegen, sondern mit Begründungen der einzelnen Fakultätsmitglieder, soweit diese oder der Senat dies wünschen.

Was wir an abfälligen Urteilen über das deutsche Hochschulwesen von ausländischen Wissenschaftlern hören, die sich als Gäste lang genug an deutschen Hochschulen aufgehalten haben, bezieht sich allerdings nicht in erster Linie darauf, daß eigenständig gewordene Fächer zu spät in die Freiheit entlassen werden. Viel mehr Anstoß wird daran genommen, daß in Deutschland weniger kollegial zusammengearbeitet werde als in andern Ländern, und zwar nicht nur als in den USA. Wenn wir unsere eigenen Mitarbeiter hören, die längere Zeit in den Vereinigten Staaten wissenschaftlich gearbeitet haben, dann vergeht einem jegliche Lust, dies zu leugnen. Nicht nur in den Naturwissenschaften werden der Gebiete immer mehr, in denen für die Zeit optimale Ergebnisse nur mehr aus der Zusammenarbeit, und zwar aus einer ranggleichen Zusammenarbeit mehrerer Wissenschaftler gleicher oder auch verschiedener Fachrichtung zu erwarten sind. Es ist richtig, daß es bei uns bisher schwierig, daß es nicht selbstverständlich genug war, die für Gemeinschaftsarbeiten nötigen, oft sehr erheblichen Personal- und Sachmittel zu erhalten. Die Amerikaner können das große Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Notwendigkeit solcher Zusammenarbeit zuerst erkannt und auch die Konsequenzen

daraus gezogen zu haben. Die Folge ist, daß die amerikanischen Arbeitsgruppen jetzt auf nicht wenigen Kongressen zusammengefaßte Ergebnisse vorlegen können, über die in dieser Form und Breite kein anderer Teilnehmer verfügt. Wir kennen Forschungsrichtungen, die vor 10 bis 15 und mehr Jahren im wesentlichen von Europäern – auch von Deutschen – eingeführt wurden, die inzwischen aber von den Amerikanern, eben dank ihrer besseren Zusammenarbeit (selbstverständlich auch dank größerer finanzieller Mittel) weit vorwärts getrieben worden sind; sie haben alle anderen so weit hinter sich gelassen, daß sie allein für sich weiterarbeiten könnten, niemand sonst aber ohne Rücksicht auf sie, schon gar nicht wir in Deutschland.

Wir sähen den Tatsachen nicht ins Gesicht, wenn wir diese fatale Lage nur mit den geringeren uns zur Verfügung stehenden Mitteln erklären, damit die Alleinschuld auf die Regierungen schieben und uns selbst damit entschuldigen wollten, daß wir eben nicht rechtzeitig ebenfalls auf „den Dreh“, auf die Notwendigkeit eines Systemwandels gekommen seien. Die Ursachen liegen tiefer, und sie sind auf das Engste verwandt mit hiesigen Überlieferungen, die draußen (zu unserem großen Ärger) als hierarchisch gebrandmarkt werden, deren Kehrseite unsere allzu geringe Neigung ist, uns in eine Gemeinschaft einzuordnen und gleichrangig mit anderen, auch jüngeren zusammenzuarbeiten. Die Gründungsausschüsse der neu zu schaffenden Hochschulen suchen nach organisatorischen Mitteln und Wegen, um dieser unserer nationalen Untugend schon von vornherein entgegenzuwirken durch Verflechtungen innerhalb der großen Fächer, durch Errichtung sehr viel kleinerer und dadurch beweglicher gewordener Fakultäten, Abteilungen, Forschungszentren und anderer Institute. Aber wir sollten uns ganz klar darüber sein, daß keine organisatorische Änderung allein für sich etwas nützen kann, wenn die Menschen, die in ihr und mit ihr arbeiten sollen, nicht frühzeitig dazu erzogen worden sind, im Geist einer uneigennütigen, kollegialen, ja freundschaftlichen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Sie müssen die Voraussetzungen dazu in sich selbst durchsetzen, und ihre Lehrer müssen ihnen dabei mit ihrem Beispiel vorausgehen. Das aber wird in weiterem Umfang nicht gelingen ohne Metanoia.

Schließlich geht dieses „Umdenken“ nicht nur die Lehrer und Schüler, sei es an den Hochschulen, an den höheren Schulen und an den Volksschulen, an, sondern das ganze Volk. Nach den Emnid- und ähnlichen Befragungen sollen die Professoren der Universitäten und Hochschulen der Stand sein, der sich der größten allgemeinen Hochachtung erfreut. Noch viel sicherer bin ich mir aber der Tatsache, daß es sich schon bei den Lehrern der höheren Schulen, und zwar ganz ohne ihre Schuld, seit längerer Zeit umgekehrt verhält und daß sich dieser Weg Hand in Hand mit dem Wirtschaftswunder in den letzten Jahrzehnten eher noch abwärts fortgesetzt hat, als daß er endlich die umgekehrte Richtung eingeschlagen hätte. Von der soziologischen Situation der Volksschullehrer in Deutschland schäme ich mich in tiefster Seele zu sprechen, wenn ich an die herzliche Aufnahme eines un-

gebildeten Arrivés in die „Gesellschaft“ denke, wenn er nur rasch zu so viel Vermögen gekommen ist, daß er deren Allüren mitmachen kann. Das sind Mißstände, die es wahrscheinlich zu den meisten Zeiten in ähnlicher Weise gegeben hat. In unseren Zeiten und erst recht in der Zukunft wechselt ihre Problematik aber über die Bereiche des guten Geschmacks und der Gerechtigkeit hinaus und wird schicksalsträchtig für das ganze Volk. Denn wenn ein Volk, das auf hohe Ausbildung und Bildung immer mehr angewiesen sein wird, nicht mehr dazu fähig ist, die Vermittler und Bringer dieser Bildung, eben seine Lehrerschaft, soziologisch so einzuordnen, daß ihr Stand eine große Anziehung auf die Jugend ausübt, dann wird es schon deshalb nicht erwarten können, daß die Besten Lehrer werden. Wie aber soll ein Volk hoffen können, im friedlichen Wettbewerb das beste unter seinesgleichen zu werden, wenn es in dem Bemühen versagt hat, die Besten als seine Lehrer zu gewinnen?

Richard Strauß

Willibald Götze

Während Musikstädte in aller Welt und mit ihnen die Heimatstadt von Richard Strauß Feiern zu seinem 100. Geburtstag vorbereiten, war in München eine Ausstellung zu sehen („Secession – Europäische Kunst um die Jahrhundertwende“), die in Werken der Schwesterkünste Malerei und Plastik das geistige und künstlerische Weltbild einer für den Musiker Richard Strauß entscheidenden Epoche gegenwärtigte. Mögen Inhalt und Stil vieler Bilder heute befremden, so fesselt doch ein in Linie und Farbe vibrierender Sensualismus, fesselt das Ineinandergleiten realistischer und symbolistischer Elemente, fesselt ein Suggestionstrieb, der über den Bildinhalt hinaus selbst den Rahmen in den Dienst gezielter Wirkung stellt. Sie erschöpft sich allerdings rasch, ja gerade die theatralische Geste erschwert heute, ungeachtet malerischer Qualitäten, den Zugang zu Bildern wie „Urteil des Paris“ von Max Klinger. Alles ist deutlich, überdeutlich, auch wenn der Bildinhalt verrätselt wird, auch wenn er menschliche mit märchenhaften Vorgängen verknüpft (Segantini „Die bösen Mütter“) oder wenn er den „interessanten Fall“ darstellt (Klimt „Salome“). Das mag sich, ebenso wie die Einbeziehung dekorativer Elemente, aus Opposition gegen die distanzierende Haltung der bis dahin geläufigen Naturkopie ergeben. Andererseits: ist es nicht die Fähigkeit des Künstlers zur